

Februar 2025

Newsletter BSW Bayern

Liebe Freundinnen und Freunde des BSW!

Wir gehen in den Endspurt mit unserem Bundestagswahlkampf. Zunächst einmal herzlichen Dank an alle Unterstützer, Mitglieder und Freunde für Euer Engagement, Eure Arbeit und Eure Spenden! Ihr seid super! Dank Eurer Hilfe haben wir trotz kurzer Wahlkampfzeit und begrenzter Mittel eine Menge gemacht und erreicht.

Allerdings scheint es, wenn man den Wahlumfragen glaubt, eine „knappe Kiste“ zu werden. So sieht uns INSA in der Woche vor der Wahl bei 5%. Davon seien 4% sicher – ABER wir haben ein sehr hohes Potenzial. Wir sind überzeugt, dass wir selbst noch die letzten Tage viele Nicht-Wähler und Unentschlossene für uns gewinnen können.

Bei den gängigen Medien bewegt sich die letzten Tage nicht mehr viel.

Deshalb bleiben uns für den Schlusspurt noch 2 Möglichkeiten:

- Unsere Social-Media-Kanäle noch maximal zu bespielen und
- die direkte Ansprache der Bürger vor Ort.

Für beides seid Ihr die größte Kraft, mit der wir noch was bewegen können. Wir bitten Euch also nochmal alles reinzuwerfen und uns folgendermaßen zu helfen:



Wir haben für den Landesverband die **Social-Media-Kanäle** aufgesetzt:

Instagr: <https://www.instagram.com/bsw.bayern?igsh=MTd3ZGY0N2lnMXRhZg==>

FaceBook: <https://www.facebook.com/share/19xGUcop1D/>

Tiktok kommt in Kürze und Ihr findet uns unter @bsw.bayern

Unsere erste Bitte an Euch:

- Registriert Euch als Follower und schickt es an möglichst viele Leute, dass sie sich auch registrieren.
- „Liked“ bzw „repostet“ möglichst viel was über die Kanäle kommt.
- Wenn ihr kurze Videos, Bilder, Infos oder anderes Material von Euren Aktionen im Wahlkampf habt, schickt sie bitte an reneaehnlein@web.de. Wir stellen es dann ein und erzeugen damit „Content“.



Nun zu den Aktionen vor Ort:

Im Europawahlkampf war das Thema „Frieden“ sehr aktuell und hat uns als Friedenspartei geholfen. Nun im Bundestagswahlkampf trat das Thema aber wegen Migration und Wirtschaft in den Hintergrund. Wir vom BSW haben seit Beginn des Krieges vor einer Eskalation gewarnt, eine Lösung des Konflikts mit diplomatischen Mitteln gefordert, haben uns gegen weitere Waffenlieferungen und Aufrüstung gestellt, haben ein Ende des sinnlosen Sterbens in der Ukraine gefordert – und wurden dafür als Putinverstehler oder Putinfreunde beschimpft.

Nun hat Donald Trump, nach wenigen Wochen im Amt, genau die von uns geforderte Initiative ergriffen, mit Putin gesprochen und Friedensverhandlungen angestoßen und das Thema Frieden wieder zurück in die öffentliche Debatte und damit auch in den Wahlkampf gebracht. Das müssen wir die letzten Tage noch nutzen:

Unsere zweite Bitte an Euch:

- Bitte versucht das Thema Frieden nochmal vor Ort zu adressieren – bei InfoStänden, bei Veranstaltungen oder einfach beim direkten Gespräch mit Bürgern.
- Wir haben Euch einen Text angehängt, der Euch etwas Argumentationshilfe geben kann. Wenn Ihr den Text als Word.docx braucht, schreibt eine kurze E-Mail an reneaehnlein@web.de und wir schicken ihn Euch.
- Prima wäre auch, wenn Ihr noch Leserbriefe oder anderes dazu bei Euch in der Region schreiben könntet.

Schließlich möchten wir Euch noch für die eingegangenen Spenden danken. Das hat uns sehr geholfen, dass wir in Bayern und in den Regionen Wahlkampf machen konnten.

Ihr wisst ja, dass Ihr jetzt direkt auf unser Landesverbandskonto Bayern könnt und wir verwenden es für Eure Region:

BSW Bayern
IBAN: DE39 7335 0000 0516 4578 43

Liebe BSW-Freunde nochmals herzlichen Dank für Eure Hilfe. Lasst uns nochmal richtig anpacken, dass wir mit einem starken BSW im nächsten Bundestag vertreten sind. Einem BSW das für Frieden, Vernunft und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Herzliche Grüße



Euer Klaus Ernst

und



Eure Irmgard Freihoffer

Nochmals herzlichen Dank!

Ukrainekrieg – Argumentationshilfe

Die Ampelparteien genauso wie die CDU/CSU haben den Bürgern nun jahrelang erzählt, dass Deutschland immer mehr Waffen in die Ukraine liefern muss, dass wir immer mehr in Rüstung investieren müssen, dass man mit Putin nicht verhandeln kann, sondern dass Russland – koste es was es wolle – besiegt werden muss. Sie haben Deutschland immer weiter in den Krieg verwickelt – zuletzt mit der Forderung, Taurus-Raketen zu liefern, die russische Städte im Hinterland treffen können und von deutschen Soldaten bedient werden.

Wir vom BSW haben seit Beginn des Krieges vor einer Eskalation gewarnt, eine Lösung des Konflikts mit diplomatischen Mitteln gefordert, haben uns gegen weitere Waffenlieferungen und Aufrüstung gestellt, haben ein Ende des sinnlosen Sterbens in der Ukraine gefordert – und wurden dafür als Putinverstehler oder Putinfreunde beschimpft.

Nun hat Donald Trump, nach wenigen Wochen im Amt, genau die von uns geforderte Initiative ergriffen, mit Putin gesprochen und Friedensverhandlungen angestoßen.

Was haben SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU nun durch ihre Haltung und damit der Verlängerung des Krieges erreicht?

- Die Zahl der Menschen, die sinnlos in diesem Konflikt starben, geht in die Hunderttausende.
- Unsere Wirtschaft wurde durch Sanktionen in die Knie gezwungen, die uns deutlich mehr geschadet haben, als der Wirtschaft Russlands.
- Die Ukraine ist heute in einer deutlich schlechteren Position als vor 3 Jahren, als in Istanbul ein Entwurf zu einem Frieden in greifbarer Nähe war. Uns wurde bis vor kurzem erzählt, „dass man Russland besiegen muss“... Die Ukraine hat den Krieg trotz aller Waffenlieferung de facto verloren und wird sich wohl den Entscheidungen der USA und Russland nun beugen müssen.
- Europa und vor allem Deutschland spielt bei den nun beginnenden Friedensverhandlungen keine Rolle mehr – sie sind nicht einmal eingeladen. Die USA verhandeln direkt mit Russland über unsere Sicherheitsarchitektur in Europa. Und auch hier wird gelten „America first“. Was das heißt, kann man sich unschwer vorstellen.
- Wie America first wirtschaftlich für die Ukraine und Europa aussieht, konnte man nun sehen, als Scott Bessert, Finanzminister in der Trump-Administration, der Ukraine einen Vertrag „Rohstoffe gegen Sicherheit“ vorgelegt hat. Darin fordert die USA die Hälfte aller mineralischen Ressourcen, aus Öl und Gas, Häfen und anderer Infrastruktur. Kiew müsste seine Souveränitätsrechte abgeben. In der Ukraine liegen Bodenschätze, die nach Schätzungen in die Trillionen USD gehen.

Die Sicherheitszusagen der USA sind im Gegenzug in diesem Vertrag vage formuliert. Die Trump-Administration hat aber bereits durchblicken lassen, dass nach einem Friedensschluss die europäischen Verbündeten die Hauptlast einer Einigung zu tragen haben. Hier stehen über 3 Billionen USD im Raum. Geld, das zu einem großen Teil von Deutschland zu bezahlen ist und an dann allen Ecken für dringend benötigte Investitionen fehlt. Das Ergebnis kennt man ... einstürzende Brücken, heruntergekommene Schulen, marode Infrastruktur ...

- Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte, dass allein die EU bisher etwa 135 Mrd Euro für militärische und zivile Hilfen ausgegeben hat. Außenministerin Annalena Baerbock hat sich wohl verplappert, als sie verriet, dass es bei der EU-Ausgabenpläne von weiteren 700 Mrd Euro gibt, die man aber vor der Bundestagswahl geheim halten wollte – sprich dem Wähler verheimlichen möchte.

Nachdem Donald Trump nun innerhalb kürzester Zeit bewiesen hat, welchen Unsinn SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU den Wählern in Deutschland erzählt haben und immer noch erzählen - ja wie die Menschen in Deutschland angelogen wurden - sollte man meinen, dass die handelnden Parteien und Politiker Einsicht zeigen. Das ist aber nicht so. Stattdessen fordern sie weitere Aufrüstungen, weitere Waffenlieferungen und damit eine Fortsetzung des Krieges – dann wohl auch ohne die USA. Finanziert werden sollen diese „gemeinsamen europäischen Anstrengungen“ durch eine Vergemeinschaftung der Schulden in der EU.

Europa und vor allem Deutschland wird damit einerseits noch weiter in den Konflikt hineingezogen. Andererseits wird, über die Vergemeinschaftung der Schulden, die für die Finanzierung dieses Krieges notwendig sind, eine solide Geldpolitik in Europa endgültig aufgegeben. Es ist klar, wer den Hauptteil dieser Zeche zahlen wird: Der deutsche Steuerzahler.

Hinzu kommt, dass sich die USA unter Trump wohl vermehrt um Amerika first kümmern werden. Es ist also damit zu rechnen, dass die USA sich militärisch und finanziell aus dem Konflikt zurückziehen werden. Und unsere etablierten Parteien wollen diese Rolle offensichtlich übernehmen. Die sicherheitspolitischen und finanziellen Risiken für Deutschland wachsen mit dem Kurs von SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU nach einem Rückzug des USA noch einmal deutlich an. Das können wir nicht zulassen – jetzt ist Schluss!

Das BSW hat seit Beginn des Krieges eine diplomatische Lösung gefordert, sich gegen weitere Waffenlieferungen und gegen die Finanzierung dieses Konflikts ausgesprochen. Diese Position wurde nun durch die jüngsten Entwicklungen voll bestätigt. Wir fordern deshalb die etablierten Parteien und verantwortlichen Politiker auf, endlich zur Einsicht zu kommen, Friedensverhandlungen nicht mehr abzulehnen, sowie weitere Waffenlieferungen und Kriegsfinanzierungen einzustellen.